

# Auf dem Weg zur Bürgerkommune –

## Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg

Beate Weber

- Will man auf dem Weg vom alles regelnden Staat zur Bürgergesellschaft auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bauen, muss ein transparentes Verwaltungshandeln zu Grunde gelegt werden. Nur mündige, wissende Bürger engagieren sich nachhaltig.
- Eine solche Transparenz verlangt jedoch nach einer Verwaltungsreform, die die Bürger/innen als Kunden/innen mit höchstmöglicher Information zur Entscheidungsfindung ausstattet. Es ist außerdem notwendig, dass die Entscheidungen von Verwaltung und Gemeinderat nachvollziehbar kommuniziert werden.
- Eine zentrale Aufgabe muss es folglich sein, ein engagementfreudiges Klima in der Verwaltung zu schaffen. Hierzu ist es zunächst notwendig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst für dieses Thema sensibilisiert werden. Wichtiger Schritt ist eine entsprechende amtsübergreifende Beschäftigung mit diesem Thema innerhalb der Kommunalverwaltungen.
- Gefragt sind kleinere und überschaubare Einsatzmöglichkeiten für Menschen, die potenziell an Engagement interessiert sind. Diese neue Formen des freiwilligen Engagements zeichnen sich dadurch aus, dass die Aktiven nur projektbezogen in Anspruch genommen werden und die Kohäsionskräfte innerhalb der Gruppe oder des Projektes nur für kürzere Zeiträume aufrecht erhalten bleiben.
- Gefordert ist die Bereitschaft, die Grenzen zwischen verschiedenen Lebenswelten durchlässig zu machen, damit sich ein Perspektivenwechsel vollziehen kann. Grundlegend für die Zivilgesellschaft ist die Möglichkeit zur Mitgestaltung der jeweils relevanten Lebensbereiche.
- Engagement und Solidarität sind untrennbar mit der Zukunft unserer Demokratie verbunden. Die Förderung der Bürgerkommune ist also gleichzeitig die Bewahrung unserer demokratischen Grundordnung.

Neue Formen der Bürgerbeteiligung und der Bürgermitwirkung wurden in vielen Städten erprobt. Heidelberg konnte mit dem Verkehrsforum zu Beginn der 90er Jahre (es ging um die Erarbeitung eines neuen Verkehrsentwicklungsplans), mit den Zukunftswerkstätten für Frauen (bei der Erstellung von Stadtteilrahmenplänen) und runden Tischen (zur Straßenbahnerschließung oder zum Energiesparen) schon früh vielfältige und wichtige Erfahrungen sammeln.

**Heute geht es nicht mehr nur darum, mit innovativen Methoden das Wissen und die Fähigkeiten der Bevölkerung in die Gestaltung einer Stadt einzubeziehen. Es geht auch um die Suche nach einer neuen Rollenverteilung zwischen Staat, Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft.** Inwieweit lässt die repräsentative Demokratie eine solche Beteiligung zu? Welche Aufgaben kann und will der Staat an seine Bürgerinnen und Bürger abgeben? Tragen Unternehmen auch zivilgesellschaftliche Verantwortung für ihren Standort im Sinne des Corporate Citizenship?

Bei all diesen Fragen spielen die Grundhaltungen der Bürgergesellschaft<sup>1</sup>, das Verhältnis zur Demokratie – Bürgersinn, Zivilcourage und Solidarität – eine zentrale Rolle.

Aufgabe unserer Gesellschaft und insbesondere der Politik muss es daher sein, diese Grundhaltungen zu wecken und zu stärken. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass nicht an den Be-

dürfnissen der Menschen vorbei agiert wird. Neue Problemstellungen wie der demografische Wandel oder Themen wie Umweltschutz, Gleichstellung und Migration müssen ebenso berücksichtigt werden wie die Bedürfnisse derer, die man einbinden möchte in Bezug auf flexibles Zeitmanagement oder veränderte Familienformen.

In Heidelberg ist es uns in den vergangenen 14 Jahren (seit meinem Amtsantritt) gelungen, Angebote zur Mitgestaltung in diesem Sinn zu schaffen. Viele Initiativen entstanden und entstehen auch ohne das Zutun des Staates oder der Verwaltung, einige sind von uns initiiert. **Es geht darum, eine Atmosphäre für mehr Demokratie und Mitverantwortung zu schaffen.**

Die derzeitige Finanzkrise der Städte stellt uns vor neue Herausforderungen. Auf der einen Seite muss die Verwaltung wegen enormer Sparzwänge Kürzungen in bestimmten Aufgabenbereichen vornehmen – auf der anderen Seite sollen jedoch der Bürgersinn gestärkt und die Menschen zur Übernahme von Verantwortung motiviert werden, ohne dass sie den Eindruck bekommen, Lückenbüßer zu sein. Die Städte, denen es gelingt, diesen Prozess so zu meistern, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürgerschaft gestärkt und nicht beschädigt wird, werden zukünftig diejenigen sein, die sich mit ihren Bürgern gemeinsam nachhaltig weiterentwickeln können.

## Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg

In Anlehnung an den FreiwilligenSurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde in Heidelberg im Jahr 2002

**eine Studie über Bürgerschaftliches Engagement** mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Sie bot eine hervorragende Mög-

---

1 Der Ursprung der politischen Vision einer „Bürgergesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ liegt im aristotelischen Gedankengut. Sie gelangte über Alexis de Tocqueville im 19. Jahrhundert zu ihrem heutigen Verständ-

---

nis. In den vergangenen Jahren rückte die kommunitaristische Vorstellung einer gesellschaftlich engagierten Bürgerschaft verstärkt in den Mittelpunkt kommunalpolitischer Diskussionen.

lichkeit, erprobte Teilnehmungsmodelle, wie sie eben skizziert wurden, zu evaluieren und Rahmenbedingungen für die Zukunft zu ermitteln.

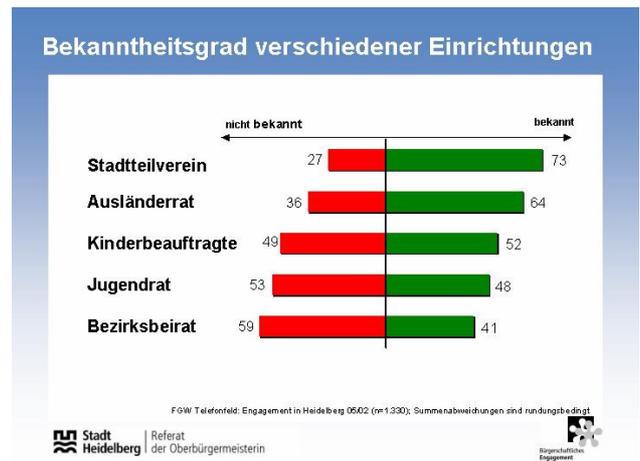
Die Studie wurde von der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim durchgeführt. Sie ist langjähriger Partner der Stadt Heidelberg und hat in den vergangenen Jahren bereits eine Reihe von Studien in Heidelberg erarbeitet.<sup>2</sup>

Wesentliche Elemente und Ziele:

- Leben und Wohnen in Heidelberg
- Kenntnis und Beurteilung lokaler Institutionen/Politik/Bürgerbeteiligung
- Bürgerschaftliches Engagement (Vereine, selbst organisierte Gruppen)
- Vertiefungsfragen zum bürgerschaftlichen Engagement

Die Studie war eine hervorragende Gelegenheit, den Bekanntheitsgrad verschiedener Einrichtungen der lokalen Demokratie zu ermitteln. So zeigt die Grafik 1, dass z. B. der Ausländerrat (heute Ausländerrat/Migrationsrat) in der Bevölkerung einen sehr hohen Bekanntheitsgrad hat. Überraschend niedrig fiel das Ergebnis für die Bezirksbeiräte aus, eine kommunalpolitische Besonderheit in Heidelberg. Erfreulich ist der relativ hohe Bekanntheitsgrad von Kinderbeauftragten und Jugendrat.

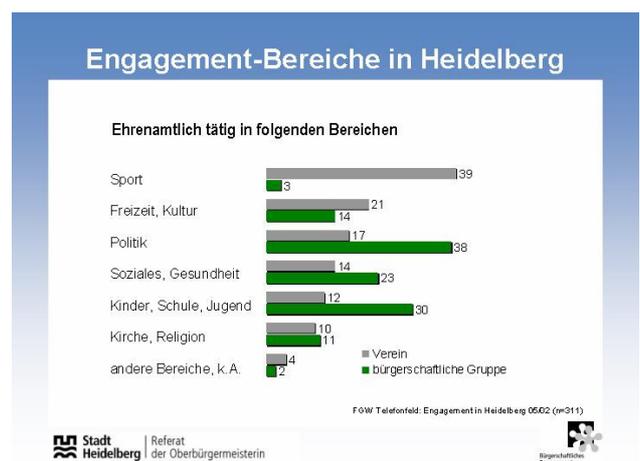
Von besonderem Interesse war die Verteilung der Engagierten auf die verschiedenen Engagement-Bereiche, nicht zuletzt auch um einen Vergleich zum FreiwilligenSurvey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herstellen zu können.



Grafik 1: Bekanntheitsgrad verschiedener Einrichtungen

Dabei wurde nach Vereinen und kleineren bürgerschaftlichen Gruppen unterschieden. Insgesamt gleicht die Tendenz der der Bundesstudie, wobei in Heidelberg der Vereinssport stark dominiert.

Die Grafik 2 zeigt sehr deutlich die Unterschiede zwischen Inhalt und Organisationsform. Sportliches Engagement organisiert sich vorwiegend im Verein und im Bereich Politik ist das Engagement in selbst organisierten Gruppen vorrangig.

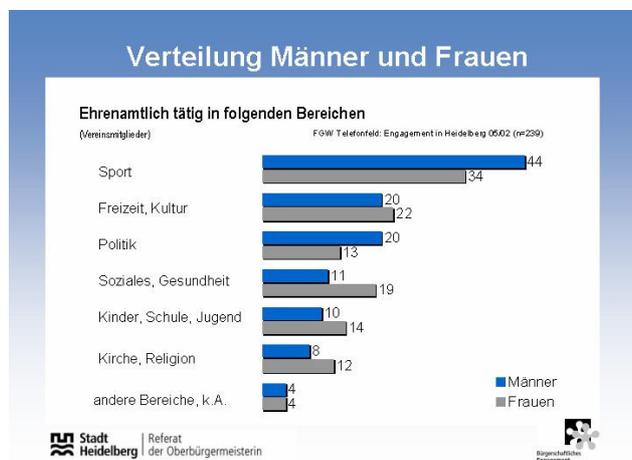


Grafik 2: Engagement-Bereiche in Heidelberg

2 Folgendes Forschungsdesign lag der „Engagement-Studie Heidelberg 2002“ zu Grunde: Telefonische Befragung, Heidelberger Wohnbevölkerung ab 14 Jahren, Stichprobengröße: 1.330 (entspricht 1% der Bevölkerung), Befragungszeitraum: 13.-17. Mai 2002.

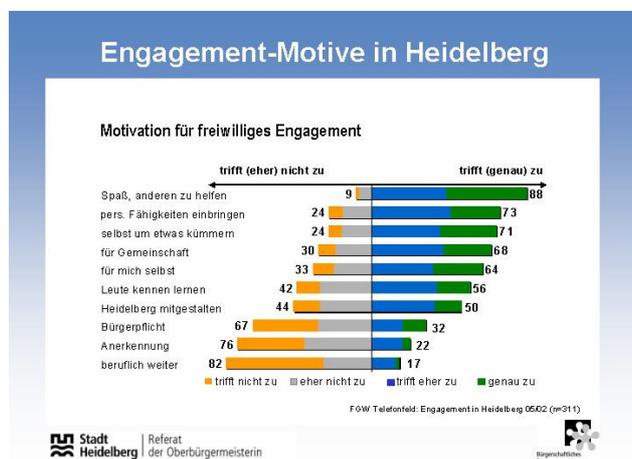
## Auf dem Weg zur Bürgerkommune – Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg

engagiert sind und die Frauen deutlich bei Soziales, Gesundheit und Kindern dominieren.



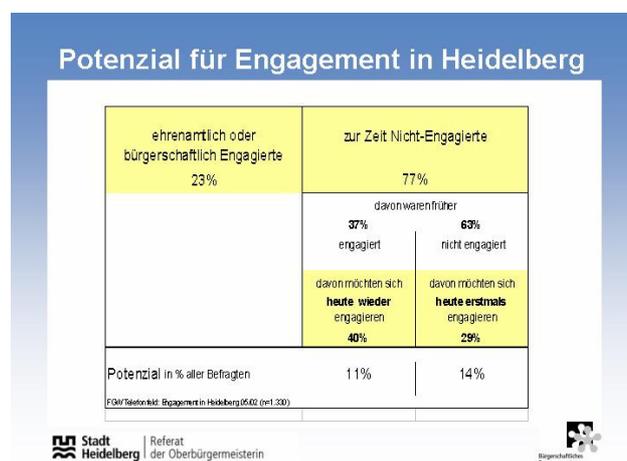
Grafik 3: Verteilung von Männer und Frauen in den Engagement-Bereichen

Aufschlussreich waren die Ergebnisse über die Engagement-Motive (Grafik 4). Sie bestätigen die große Rolle des so genannten „Spaßfaktors“ – allerdings in Form des „Spaßes am Helfen“. Er ist daher nicht im Sinne oberflächlichen Sprachgebrauches zu verstehen. Er korrespondiert vielmehr mit dem Zweitgenannten – nämlich damit, sich selbst zu verwirklichen und Freude am Engagement zu haben. Erstaunlich war, dass die Bedeutung des Engagements für den Beruf ganz hinten rangiert.



Grafik 4: Engagement-Motive in Heidelberg

Ganz wesentlich waren die Untersuchungen hinsichtlich des Engagement-Potenzials für Heidelberg (Grafik 5). Die Lokalpresse hat den Bericht über die Studie mit dem Titel „Wer küsst das Engagement in Heidelberg wach?“ versehen. Wie mit der Verteilung auf die Engagementbereiche liegt Heidelberg hier im Bundestrend. 23% der Heidelbergerinnen und Heidelberger sind bürgerschaftlich engagiert (Bund 34%) und diejenigen, die sich wieder oder neu engagieren wollen, machen 25% der Bevölkerung aus (Bund 26%). Hoch lag mit mehr als der Hälfte (51%) der Anteil derer, die in einem Verein sind.

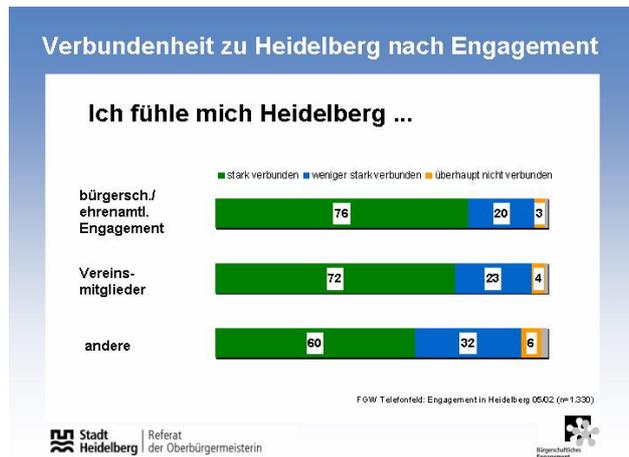


Grafik 5: Engagement-Potenzial in Heidelberg

Zu Beginn der Befragung wurde eine Reihe von allgemeinen Fragen zu Heidelberg gestellt, die teilweise Bezüge zu früheren Erhebungen herstellen ließen. Analog zu den Ergebnissen der Heidelberg-Studien von 1997 und 2000 ist daher unter den Bürgerinnen und Bürgern die Verbundenheit zur Stadt stark ausgeprägt. Über zwei Drittel aller Befragten (68%) geben an, sie fühlen sich Heidelberg stark verbunden, während gut ein Viertel (26%) von einem weniger starken Zugehörigkeitsgefühl spricht. Die Verbundenheit steigt mit der Wohndauer der Befragten kontinuierlich an.

Ein besonders wichtiges Ergebnis ist, dass bürgerschaftliches Engagement die Bindung an die

Stadt festigt (siehe Grafik 6): Über drei Viertel derjenigen Befragten, die in Vereinen eine Funktion oder ein Amt ausüben bzw. in bürgerschaftlichen Gruppen aktiv sind, sprechen von einer starken Verbundenheit mit Heidelberg.



Grafik 6: Verbundenheit zu Heidelberg nach Engagement

Wenngleich dieses Ergebnis nicht überraschend ist, zeigt es doch deutlich, dass die Förderung

von bürgerschaftlichem Engagement für eine Stadt vielfachen Nutzen bringen kann. Nicht nur die Organisationen des Ehrenamtes werden durch viele Aktive gestärkt, auch die Bindungskräfte innerhalb der Bürgerkommune werden durch bürgerschaftliches Engagement verbessert und verfestigt.

**Diese Entwicklung darf nicht dem Zufall überlassen werden. Deshalb ist die Schaffung einer das Engagement fördernden Infrastruktur für eine moderne Kommune unabdingbar.** In Heidelberg habe ich im Jahr 2001 eine Koordinationsstelle für Bürgerschaftliches Engagement in meinem Referat eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, Bürgerengagement im Innen- und Außenverhältnis zu fördern. In Kooperation mit der FreiwilligenBörse des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sind somit Strukturen vorhanden, die den Gedanken der Bürgerkommune strategisch wie auch organisatorisch in Heidelberg voran bringen.

## Wie küsst man das Engagementpotenzial wach? Was kann die Kommune tun?

In insgesamt fünf Thesen sollen wesentliche Aspekte der Engagementförderung als Schritte auf dem Weg zur Bürgerkommune dargestellt werden.

### **1. Viele Menschen sind engagiert oder haben einen Bezug zum Bürgerengagement! Anerkennung ist die Grundlage ihrer Motivation!**

Obwohl manchenorts über den Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements geklagt wird, zeigen Umfragen der letzten Jahre, dass Menschen weiterhin aktiv sind, sich allerdings die Form und die Wahrnehmung des Engagements geändert hat.

Ein anekdotisches Beispiel aus einem Artikel von Bundeskanzler Gerhard Schröder mit dem Titel „Die zivile Bürgergesellschaft“ zeigt dies auf anschauliche Weise: Ein sozialwissenschaftliches Forschungsteam wollte das bürgerschaftliche Engagement der Deutschen erheben. Zunächst sagte die überwältigende Mehrheit der Befragten: „Nein, ein Ehrenamt üben wir nicht aus, und wir wollen auch keines ausüben“. „Nein“, antwortete eine ebenso große Mehrheit, „freiwillige soziale Arbeit machen wir nicht, und dafür haben wir auch gar keine Zeit.“ Dann stellten dieselben Interviewer die gleiche Frage noch einmal – allerdings anders formuliert. Sie fragten nach dem, was die Menschen in ihrem Alltag wirklich tun: Ob, und wenn ja, wie sie sich

an „gesellschaftlichen Aufgaben“ in ihrem Umfeld beteiligen, an Nachbarschaftshilfe, Selbstorganisation, Betreuungsaufgaben, kommunalen Initiativen... Die Antworten waren erstaunlich. 38 Prozent der Deutschen sind, im weiteren Sinne, regelmäßig „ehrenamtlich“ tätig. Mehr als die Hälfte der Befragten kann sich ein solches Engagement für die Zukunft „vorstellen“. **Weit mehr als 80 Prozent, die überwältigende Mehrheit, wären demzufolge für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.**

Das Besondere an der Anekdote und den Ergebnissen ist, dass Ehrenamt zwar weit verbreitet, doch nicht als solches erkannt wird. Dies ist einer der wesentlichen Gründe, weshalb Anerkennung und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements eine zentrale Rolle spielen. Auch die Engagement-Studie in Heidelberg hat gezeigt: **Die Ehrung von offizieller Seite und die Berichterstattung in den Medien gehört zu den wichtigsten Anerkennungsformen.**

Dies zeigen auch die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Dort heißt es: „Anerkennung ist eine der wichtigsten Formen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Die Enquete-Kommission zielt auf die Entwicklung einer umfassenden Anerkennungskultur, die zu einer nachhaltigen Wertschätzung, Ermutigung und öffentlichen Sichtbarkeit bürgerschaftlichen Engagements beiträgt.“

Der Heidelberger Gemeinderat hat daher im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 ein neues Anerkennungszeichen für Bürgerengagement eingeführt: Die „**Bürgerplakette**“.

2004 hat das Land Baden-Württemberg eine groß angelegte Kampagne in Funk und Fernsehen für bürgerschaftliches Engagement gestartet. Kern-

stück war der landesweit erste Wettbewerb „Echt gut!“ mit gelungenen Beispielen für Bürgerengagement, dessen Ergebnisse in einer Fernsehgala ausgestrahlt wurden. Die Sparkassenverbände in Deutschland verleihen seit zwei Jahren auf lokaler Ebene die „Bürgerpreise der Sparkasse“, die sich jedes Jahr einem anderen Schwerpunkt widmen. Die Sparkasse Heidelberg beteiligte sich 2004 erstmals an dieser Aktion mit dem Motto „Jung & Alt“. Die Liste solcher Anerkennungsformen, die neben Landesehrennadel und Bundesverdienstkreuz vergeben werden, ließe sich noch fortsetzen.

Das Entscheidende bei all diesen Formen der Anerkennung ist die Diskussion über den Wert des bürgerschaftlichen Engagements in den Städten und Gemeinden. Wenn sich im Vorfeld einer Ehrung Gemeinderäte, Bürgermeister/innen, Sparkassenvorstände, Verbände oder Unternehmen über den höheren oder weniger hohen Wert einzelner Projekte Gedanken machen, setzt ein Prozess der Bewertung und damit der Aufwertung des Engagements in unserer Gesellschaft ein. Und genau das brauchen wir: **Die intensive und differenzierte Auseinandersetzung mit bürgerschaftlichem Engagement und deren Wert in der Bürgergesellschaft.**

**Eine große Motivation für Engagierte sind Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Fortbildung. Deshalb liegt besonderes Augenmerk auf Qualifizierungsangeboten in den Kommunen.** Häufiger Partner sind hier die Volkshochschulen, die Kurse speziell für Vereine und Ehrenamtliche anbieten. In manchen Fällen steht das gesamte Volkshochschulprogramm Engagierten zu günstigen Konditionen zur Verfügung.

Viele Freiwilligenagenturen bieten ein besonderes Fortbildungsprogramm für Ehrenamtliche an, bis hin zu Projektbegleitung oder Teambildung. Fortbildungsangebote im Vorfeld von Engage-

ment im Sinne des „Empowerment“, also der Befähigung, überhaupt eine Aufgabe zu übernehmen, sind ebenfalls im Angebot. In Heidelberg hat beispielsweise das Amt für Gleichstellung von Frau und Mann in Kooperation mit der Volkshochschule und der Landeszentrale für politische Bildung ein speziell an Frauen gerichtetes Fortbildungsprogramm eingerichtet mit dem Titel „Chance politisches Ehrenamt“. Dabei werden Frauen, die Interesse an einem Engagement in der Kommunalpolitik haben, in Grundlagen der Kommunalverwaltung und der politischen Bildung genauso geschult wie in Rhetorik oder Moderation. Dieses außerordentlich erfolgreiche Angebot hat bereits einige engagierte Frauen auf die politische Plattform geholt.

Eine weitere Besonderheit in Baden-Württemberg sind die Mentorenkurse, die vom Sozialministerium und dem Paritätischen Bildungswerk unterstützt werden. Mentorentrainer bilden in den Kommunen in 40-stündigen Kursen Mentoren für bürgerschaftliches Engagement aus. Sie werden über die Vereinslandschaft, die Verwaltung und die Besonderheiten der jeweiligen Kommune informiert. Ziel ist es, sie in kurzfristigen Projekten als Leitung oder Moderatoren einzusetzen und sie zu „Botschafter/innen für Bürgerengagement“ zu gewinnen.

## **2. Transparenz motiviert zum Engagement!**

Die Unterstützung von Engagierten durch die Politik spielt nach wie vor eine große Rolle. Die Form der Unterstützung reicht von finanziellen Zuschüssen über Beratung bis hin zur Nutzung von Räumen und sonstiger Infrastruktur.

**Will man auf dem Weg vom alles regelnden Staat zur Bürgergesellschaft auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger bauen, muss ein transparentes Verwaltungshandeln zu**

**Grunde gelegt werden.** Nur mündige, wissende Bürger engagieren sich nachhaltig. Dies ist auch ein Grund für die zunehmende Diskussion über die Einführung von „Bürgerhaushalten“, bei denen Bürgerinnen und Bürger in die Haushaltsberatungen eingebunden werden.

Es gilt, Bürgerinnen und Bürger als Koproduzenten und Mitgestalter unserer Gesellschaft zu gewinnen. **Dabei ist es wichtig, dass nicht der Eindruck entsteht, öffentliche Aufgaben zukünftig auf die Bürgerschaft „abzuwälzen“, sondern durch bessere Transparenz von Verwaltungsentscheidungen kontinuierlich das Vertrauen in die Verwaltung zu verbessern und zu stärken. Eine solche Transparenz verlangt jedoch nach einer Verwaltungsreform, die die Bürger/innen als Kunden/innen mit höchstmöglicher Information zur Entscheidungsfindung ausstattet. Es ist außerdem notwendig, dass die Entscheidungen von Verwaltung und Gemeinderat nachvollziehbar kommuniziert werden.** Dabei ist zu berücksichtigen, dass beispielsweise die positiven wie negativen Konsequenzen wichtiger Beschlüsse gegenüber der Bürgerschaft deutlich gemacht werden. Heidelberg hat einen Schritt in diese Richtung getan mit dem verbesserten Internetauftritt durch ein Bürgerinformationssystem, dem alle öffentlichen Unterlagen des Gemeinderates entnommen werden können.

**Eine zentrale Aufgabe muss es folglich sein, ein engagementfreudiges Klima in der Verwaltung zu schaffen. Hierzu ist es zunächst notwendig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst für dieses Thema sensibilisiert werden. Wichtiger Schritt ist eine entsprechende amtsübergreifende Beschäftigung mit diesem Thema innerhalb der Kommunalverwaltungen.** Heidelberg tut dies in einer eigenen Projektgruppe. Über mehrere Monate hinweg trafen sich Vertreterinnen und Vertre-

ter vor allem der Fachbereiche, die viel mit Bürgerinnen und Bürgern bzw. Ehrenamtlichen zu tun haben, zu einem moderierten Erfahrungsaustausch. Es wurden Maßnahmenpakete für die Bereiche „Anerkennung“, „Motivation“, „Vernetzung“, „Unterstützung“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ entwickelt. Übergeordnetes Ziel war die konkrete Umsetzung des Mottos „von der Ausführungsverwaltung zur Ermöglichungsverwaltung“. Dabei stand die aktivierende Rolle der Verwaltung im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurde die Rolle der Stadt als Arbeitgeberin von aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diskutiert und auch hierfür Maßnahmenvorschläge entwickelt. Die Ergebnisse wurden den politischen Gremien vorgestellt und sollen in die Fortschreibung des Konzepts zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in Heidelberg einfließen. Grundlage einer solchen Entwicklung ist jedoch das Vertrauen in die Verwaltung, das in erster Linie durch Transparenz gewonnen werden kann.

Bürgerinnen und Bürger, die das Vertrauen in den Staat verloren haben, sind wenig unter den Engagierten zu finden. Vielmehr sind vor allem diejenigen aktiv, die das Gefühl haben, dass sich ihr Engagement lohnt – für sich selbst, für die Sache und nicht zuletzt für die Bürgerkommune.

### **3. Vernetzung ist ein wesentliches Merkmal der Bürgerkommune der Zukunft!**

**Eine bürgernahe Verwaltung ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung neuer Formen der Bürgermitwirkung und damit auch für den Aufbau von Netzwerken.**

„Bürgerschaftliches Engagement benötigt Öffentlichkeit und Interessenvertretung auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen, in den verschiedenen Feldern sowie über die einzelnen Engage-

mentbereiche hinaus. Dafür ist die Bündelung der vorhandenen Ressourcen und die Vernetzung von Akteuren, Organisationen und Institutionen der Bürgergesellschaft wichtig. Der Aufbau von Netzwerken kann dazu beitragen, bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich aufzuwerten und geeignete Förderstrategien zu entwickeln und umzusetzen.“ (Aus dem Enquete-Bericht des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“, 2002.)

Baden-Württemberg hat ein Landesnetzwerk bürgerorientierter Kommunen geschaffen, in dem auch Heidelberg seit 1998 Mitglied ist, es war zudem viele Jahre lang Modellstandort. Zur Förderung der Vernetzung des bürgerschaftlichen Engagements wurde in Heidelberg 1998 mit Unterstützung der Stadt die FreiwilligenBörse in Trägerschaft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eingerichtet. In Kooperation mit dem Heidelberger Selbsthilfe- und ProjekteBüro werden hier nicht nur Engagierte oder Interessierte beraten, sondern auch wichtige Kontakte und Netzwerke gepflegt. Auch die städtische Koordinationsstelle Bürgerengagement hat dies zur Aufgabe.

Vergleichbare Strukturen finden sich zwischenzeitlich in zahlreichen Kommunen wieder und haben sich vielerorts sowohl außerhalb als auch innerhalb der Verwaltung bewährt.

**Die einzelnen „Ressorts“ des Bürgerengagements und deren bereichsbezogene Vernetzung funktionieren meist hervorragend, z. B. im Sport. Auf lokaler Ebene mangelt es jedoch an Kontakten zwischen den „Ressorts“ – das gilt sowohl innerhalb der Verwaltung als auch zwischen den Verbänden oder Interessenvertretungen engagierter Gruppen.**

Auf diese sollte in Zukunft besonderer Wert gelegt werden, da die Bürgerkommune nur so weiterentwickelt werden kann. Letztendlich dient

die Vernetzung besonders der Verbesserung der Rahmenbedingungen für engagierte Bürgerinnen und Bürger. Ob das in einem Erfahrungsaustausch auf Landesebene interkommunal oder in den Städten innerkommunal getan wird, ist nachrangig.

#### **4. Neue Akteure bringen die Bürgerkommune voran!**

Es stellt sich die grundlegende Frage: Wer sind die „Baumeister/innen“ der Bürgerkommune? Ist es der Staat mit seinen Einrichtungen wie den Land- oder Stadtkreisen? Sind es Organisationen des Dritten Sektors wie die Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften oder Stiftungen? Oder sind es die Bürgerinnen und Bürger selbst, deren Vereine und Initiativen? Vielleicht spielen auch die Unternehmen eine Rolle oder die Kirchen?

Die Antwort liegt selbstverständlich in einem Mix all der genannten Einrichtungen. Sie alle bauen an der Vollendung der Bürgerkommune mit. **Die Bürgergesellschaft ist dann stark, wenn sie durch möglichst viele Akteure gestaltet wird.** Manche der Genannten sind aktiver als andere, nicht zuletzt weil die Aufgabenteilung in den modernen Gesellschaften bisher klar geregelt wurde: Markt dem Markt, Wohlfahrt der Wohlfahrt und Staat dem Staat.

Diese Strukturen lösen sich jedoch auf. Es ist zu einem Teil auch den Veränderungsprozessen der 70er und 80er Jahre zu verdanken, dass eine Zusammenführung der Lebensbereiche eingesetzt hat wie beispielsweise in Umweltfragen. Dies zeigt, dass Lebenswelten untrennbar miteinander verbunden sind. Auf dieser Annahme beruht auch der Ansatz der nachhaltigen Entwicklung, wie ihn sich viele Kommunen nach der großen Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 ins Programm geschrieben haben. Die Kon-

ferenz hat zum ersten Mal in aller Deutlichkeit und für alle nachvollziehbar auf globaler Ebene wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Ziele zusammengeführt.

Seither wird auch in Heidelberg unter dem Motto „Global denken und lokal handeln“ eine nachhaltige Stadtentwicklung durchgeführt. Die lokale Ebene ist dabei ganz entscheidend. Hier treffen sich zahlreiche Akteure – die Kommune, die Wirtschaft, die Politik, die Verbände und die Bürgerschaft.

**Für die bereits beschriebenen Netzwerke gilt es neue Aktive zu gewinnen, die Verantwortung für die Bürgerkommune, den Standort ihres Wirkens übernehmen.** Eine besondere Zielgruppe neuer Aktiver sind die Unternehmen. Im Sinne des Corporate Citizenship gilt es überzeugende Strategien zu entwickeln, wie es für Unternehmen attraktiv wird, sich am Standort zu engagieren. Engagement heißt in diesem Fall weniger die reine Spendentätigkeit oder das Sponsoring, sondern ein verbindlicheres Engagement in Kooperation mit engagierten Gruppen oder Bürgerinnen und Bürgern. Für die Beteiligten sollen Win-Win-Situationen entstehen, denn eine gute Gesellschaftspolitik ist ohne gute Wirtschaftspolitik nicht zu haben.

Zahlreiche Kommunen in Deutschland haben im „Corporate Citizenship“ deshalb bereits hervorragende Projekte initiiert und viele Unternehmen sehen sich in der Verantwortung an ihrem Standort. Soziales Engagement gehört für viele Firmen zur Unternehmensstrategie, dies gilt insbesondere für Unternehmen mit internationaler Ausrichtung. Führt ein solches Engagement zur Verbesserung des Images bzw. zum Erfolg des Marketings, hat sich für das Unternehmen der Einsatz gelohnt.

**Auch eine Kommune kann in diesem Bereich unterstützend tätig werden, indem z. B. Koope-**

**rationspartner aus der Wirtschaft mit Vereinen oder Initiativen zusammengebracht werden.**

In Heidelberg wurde hierzu das Zukunftsforum „Wirtschaft und bürgerschaftliches Engagement“ durchgeführt. Ein Jahr lang trafen sich Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Gemeinwesen, um sich über neue Formen der Kooperation auszutauschen bzw. konkrete Projekte zu entwickeln. Seither gibt es eine Koordinationsstelle „Unternehmensengagement“, die von der Stadt Heidelberg und der FreiwilligenBörse Heidelberg getragen wird.

Die Stadt Heidelberg selbst geht als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel voran und bietet Auszubildenden die Möglichkeit, sich im Projekt „Soziales Lernen“ in sozialen Einrichtungen in Heidelberg zu engagieren. Die jungen Menschen stärken so ihre soziale Kompetenz, der Ausbildungsbetrieb motiviert über dieses Angebot die Mitarbeiter/innen und die soziale Einrichtung bekommt personelle Unterstützung bzw. gute Öffentlichkeitsarbeit.

Die Potenzialanalysen für bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg oder in der Bundesrepublik zeigen, dass rd. 25 Prozent der Bevölkerung bereit wären sich zu engagieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen würden – dazu gehören sowohl die Vermittlung als auch die Form des Engagements. Für die Vermittlung stehen bundesweit schon zahlreiche Agenturen zur Verfügung, wie in Heidelberg die FreiwilligenBörse. Sie leisten wertvolle Arbeit in den lokalen Netzwerken und stärken so die Fortentwicklung der Bürgerkommune.

**Betrachtet man das Potenzial von möglichen neuen Akteuren genauer, so ergeben sich daraus neue Zielgruppen.** Da sind beispielsweise die so genannten „**neuen Alten**“ – Menschen, die auf Grund der verbesserten medizinischen Betreuung auch nach dem Austritt aus dem Erwerbsleben noch lange aktiv sein können und

wollen, auch die vielen **Migrantinnen und Migranten**, deren Engagement sich vielfach noch auf die ethnische Gruppe oder die Verwandtschaft beschränkt. Auch das Potenzial bei **Frauen in der Erziehungsphase** oder bei **Jugendlichen** ist längst nicht ausgeschöpft. **Dazu bedarf es jedoch neuer Formen des Engagements, die sich von den tradierten Strukturen lösen und mehr Flexibilität anbieten.**

**5. Andere Formen der Beteiligung und des Engagements erschließen neue Potenziale!**

Seit einigen Jahren formieren sich engagierte Menschen zusehends in offenen Strukturen, um sich für bestimmte Interessen oder Themen einzusetzen. Dieses Engagement unterscheidet sich vom klassischen Ehrenamt meist dadurch, dass auf den Eintrag ins Vereinsregister verzichtet wird. Man organisiert sich anders. Diese Formen des Engagements lassen oft mehr Spielraum für die Aktiven und ermöglichen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt – insgesamt mehr Autonomie der Engagierten.

**Das projekthafte Engagement spielt vor allem für junge Menschen eine große Rolle. Die Bindung an langjährige Pflichten, beispielsweise in einem traditionellen Verein, schreckt viele junge Menschen vom Engagement ab.**

Unter dem Titel „jes – Jugend engagiert sich“ bieten die Landesstiftung Baden-Württemberg und das Paritätische Bildungswerk die Möglichkeit, kurzfristige und an den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichteten Aktionen zu fördern. In Heidelberg war es dadurch beispielsweise möglich, einen Sportspielplatz mit Jugendlichen zu gestalten und dieses Engagement pädagogisch zu betreuen.

Einrichtungen wie der Heidelberger Ausländerrat/Migrationsrat ermöglichen neben der eigentlichen Interessenvertretung auch neue Formen

des Engagements für Migranten/innen außerhalb der ethnischen Gruppe. Er führt außerdem verschiedene Migrantengruppen zusammen an einen Tisch, um gemeinsam an Projekten zu arbeiten.

Eine weitere Heidelberg-spezifische Form des Engagements sind seit 1996 die Kinderbeauftragten in allen Stadtteilen, ehrenamtliche Interessenvertreter/innen für Kinder und Jugendliche und Bindeglied zwischen den Stadtbezirken und der Stadtverwaltung. Ihr Ziel ist es, eine kindgerechte Stadtentwicklung und eine kinderfreundliche Lebenswelt voran zu bringen. Sie werden vom Gemeinderat auf vier Jahre bestellt.

Kurzfristige Beteiligungsmöglichkeiten bieten in allen Stadtteilen die Workshops zur Erarbeitung von Stadtteilrahmenplänen. In diesen kommen möglichst alle Akteure der Stadtteilebene zusammen, um in einem moderierten Austausch zu unterschiedlichen Themen die Entwicklungspotenziale des Stadtteiles zu diskutieren und Ziele festzulegen.

Grundsätzlich gilt es, den veränderten Lebensbedingungen der Menschen Rechnung zu tragen. Die Bedürfnisse unterscheiden sich von Kommune zu Kommune und sicherlich nach der Größenordnung, da in einer Großstadt andere Bevölkerungsgruppen vertreten sind als in der Landgemeinde.

**Gefragt sind kleinere und überschaubare Einsatzmöglichkeiten für Menschen, die potenziell an Engagement interessiert sind. Diese neuen Formen des freiwilligen Engagements zeichnen sich dadurch aus, dass die Aktiven nur projektbezogen in Anspruch genommen werden und die Kohäsionskräfte innerhalb der Gruppe oder des Projektes nur für kürzere Zeiträume aufrecht erhalten bleiben.**

Dies bedeutet auch, dass bestehende Gruppen und Vereine über Veränderungen nachdenken müssen. „Klassische“ Vereine, die sich dieser ge-

sellschaftlichen Entwicklung verschließen, werden schwer neue Mitglieder finden. Der Oberbürgermeister von Schramberg, Herbert Zinell, hat diese Entwicklung in seinem Artikel mit dem Titel „Die deutsche Vereinsmeierei stirbt langsam und leise...“ auf den Punkt gebracht: „Die Mitgliedschaft auf Dauer ist möglicherweise passé und wird durch ‚Solidarität auf Zeit‘ ersetzt.“

**Diese neuen Formen des Engagements brauchen jedoch auch ein neues Management. Auch hierfür sind Vermittlungsstellen wie Freiwilligenagenturen in den Kommunen oder Landkreisen von großer Bedeutung. Menschen mit Ideen, Vereine mit Fragen oder Initiativen mit besonderen Projekten können hier Rat und Unterstützung bekommen.**

Vielleicht muss man noch weiter gehen und den Aufgabenbereich des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen als neue Aufgabe der Verwaltung definieren: Es geht nicht mehr nur um klassische Vereinsförderung oder die Pflege der Anerkennungskultur, sondern auch um ein umfassenderes Management der zum Engagement bereiten Bürgerinnen und Bürger.

Dieser Gedanke gewinnt besonders in Zeiten knapper Kassen an Bedeutung. Viele der freiwilligen Dienstleistungen der letzten 20 Jahre können die Kommunen in Deutschland nicht mehr erbringen. Für alle Betroffenen ist diese Umstellung schwer. Dazu gehören auch die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere diejenigen, deren finanzielle Unterstützung durch die Kommune reduziert wurde. Die Krise kann aber nur dann als Gewinn für alle überwunden werden, wenn sie als Chance begriffen wird – als Chance, Aufgaben neu zu verteilen und so die Bürgergesellschaft durch mehr Selbstständigkeit zu stärken. Hierin liegt eine neue Aufgabe für eine Koordination in der Verwaltung: Engagementwillige Gruppen in der Anfangsphase zu unter-

stützen und sie zur Selbstorganisation anzuleiten. So wird so manches Schwimmbad, so manches Vereinsheim oder so manche Sportanlage vor dem Aus gerettet. Gleiches gilt für die Un-

terstützung von Kooperationen zwischen Vereinen, die ebenfalls durch das veränderte Engagementpotenzial sowie weniger öffentliche Mittel zusehends notwendig wird.

## Resumée

Bürgergesellschaft oder Bürgerkommune heißt aktive Teilhabe und Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger quer durch alle öffentlichen Lebensbereiche. Teilhabe impliziert bereits den Vorgang des Teilens, was bedeutet, dass Bürgerengagement nicht die einseitige Einmischung von Bürgerinnen und Bürgern ist. **Gefordert ist die Bereitschaft, die Grenzen zwischen verschiedenen Lebenswelten durchlässig zu machen, damit sich ein Perspektivenwechsel vollziehen kann. Grundlegend für die Zivilgesellschaft ist die Möglichkeit zur Mitgestaltung der jeweils relevanten Lebensbereiche.**

Wir brauchen in unserer Gesellschaft, die geprägt ist durch Globalisierung, demografischen Wandel, Individualisierung und Politikverdrossenheit, eine ganzheitliche Herangehensweise an die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger. Bürgerschaftliches Engagement kann ganz wesentlich hierzu beitragen.

Es können nur Vermutungen angestellt werden, wie viel Mittel im Gesundheitsbereich eingespart werden, wenn ältere Menschen durch Übernahme von Verantwortung und Engagement im Alter Erfüllung finden und sich dies positiv auf ihren Gesundheitszustand auswirkt. Wie viel Kosten bei der Schulsozialarbeit oder Gewaltprävention gespart werden durch sinnvolle Beschäftigung und verantwortungsvolle Tätigkeit von jungen Menschen in Vereinen bleibt ebenfalls im spekulativen Bereich – eben-

so die pazifizierende Wirkung zahlreicher Projekte im internationalen und Migrantenbereich.

Wir brauchen eine neue Kultur des Miteinanders von Staat, Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft. Die Aufgabentrennung des modernen Staates muss zugunsten einer verantwortungsvollen Teilhabe zurückgenommen werden. **Dazu bedarf es eindeutiger Vereinbarungen zwischen den großen Akteuren der Bürgerkommune. Es muss Klarheit herrschen über Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung und des Bürgerengagements.**

Bürgerengagement ist ein Stück Lebensqualität. In den letzten Jahren haben die Lebensoptionen sprunghaft zugenommen. Mehr Freizeit heißt nicht immer mehr Freiheit. Unser Leben wurde optionsreicher und bindungsärmer. Die unübersichtliche Fülle der Medienangebote, der Freizeitproduktionsstätten oder zahllosen Reiseoptionen machen nur denjenigen frei, der es versteht, Prioritäten zu setzen und die richtige Wahl zu treffen. Es gibt jedoch nur eine Lebenszeit, die es zu gestalten gilt. Jeder Mensch, ob jung oder alt, hat täglich nur 24 Stunden und davon nur wenige, die er für sich und andere investieren kann. Die Wahl oder die Entscheidung muss zugunsten der Bürgerkommune gewonnen werden – und zugunsten der entscheidenden Person. Sie soll von der Investition in die Allgemeinheit am meisten profitieren. Sie soll spüren, dass es sich lohnt, die Welt etwas besser zu verlassen als man sie angetroffen hat.

Dass bürgerschaftliches Engagement eine gesamtgesellschaftliche Dimension hat, beweist die Tatsache, dass in diesem Zusammenhang das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile. Eine Gesellschaft mit aktiven Bürgerinnen und Bürgern ist als Ganzes ein Gewinn. Der amerikanische Sozialwissenschaftler Robert D. Putnam hat dieses Sozialkapital der Gesellschaft als die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder zur Zusammenarbeit definiert.

Diese Zusammenarbeit funktioniert ganz konkret nach dem Prinzip der kleinen Einheiten. Diesem Zusammenhang haben die großen Konferenzen der Vereinten Nationen, unter ihnen auch der bereits erwähnte Umweltgipfel in Rio de Janeiro 1992, Rechnung getragen, ebenso der Städtetage Habitat II in Istanbul. Für die Zukunft unserer Gesellschaft spielen die Kommunen eine wesentliche Rolle – die kleinen Einheiten. Dies wird gestützt durch den „Johannesburg-Call“, der von über 600 Bürgermeistern auf der „Rio+10-Konferenz 2002“ unterzeichnet wurde. Durch ihn hat sich auch der Inhalt der Abschlusserklärung des Johannesburg-Gipfels geändert: Die Beteiligung der Städte an einer nachhaltigen Entwicklung wird nun ausdrücklich gefordert und gefördert, darauf können sich alle Städte in allen Ländern in Zukunft berufen.

**Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement ist ein zentraler Bestandteil einer als nachhaltig verstandenen Entwicklung – lokal und global.** In diesem Kontext müssen die Akteure der Bürgerkommune ihre Anstrengungen zur Schaffung zukunftsfähiger Bedingungen für engagierte Bürgerinnen und Bürger fortsetzen. Grundlage hierfür sind jedoch sozialer Friede und Demokratie. **Engagement und Solidarität sind untrennbar mit der Zukunft unserer Demokratie verbunden. Die Förderung der Bürgerkommune ist also gleichzeitig die Bewahrung unserer demokratischen Grundordnung.**

## Zur Autorin

**Beate Weber** ist seit 1990 Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg sowie Mitglied im Vorstand des Städtetages Baden-Württemberg und im Verwaltungsrat der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung.

**Christine Huber** ist als Mitarbeiterin im Referat der Oberbürgermeisterin zuständig für die Koordination des Bürgerengagements. Der Artikel wurde von ihr bearbeitet.

## Literatur

### 1) Beiträge Beate Weber

- Weber, Beate** (1996): Global denken – lokal handeln. Klimaschutz in Heidelberg, in: Brauch, Hans Günter (Hg.), *Klimapolitik*, S. 271–278, Berlin Heidelberg New York: Springer
- Weber, Beate** (1997): Stadtentwicklung mit den Bürgerinnen und Bürgern – Entwicklungspotentiale der Zivilgesellschaft in Heidelberg?, in: Schmals, Klaus/Heinelt, Hubert (Hg.), *Zivile Gesellschaft – Entwicklung, Defizite, Potentiale*, S. 59–79, Opladen: Leske + Budrich
- Weber, Beate** (2000): *Das Verkehrsplanungsmodell der Stadt Heidelberg*, in: Zeitschrift für Konfliktmanagement, Nr. 1/2000, S. 16–18
- Weber, Beate** (2000): *Die kinder- und familienfreundliche Gemeinde als kommunalpolitische Herausforderung*, in: SGK-Aktuell, Nr. 1/2000, S. 11–16
- Weber, Beate** (2000): Stadtentwicklung mit den Bürgerinnen und Bürgern. Entwicklungspotentiale der Zivilgesellschaft am Beispiel Heidelberg, in: Klie, Thomas/Roß Paul-Stefan (Hg.), *Die Zukunft des Sozialen in der Stadt*, Forschungs- und Projektbericht 17, S. 69–92, Freiburg im Breisgau
- Weber, Beate** (2000): Umweltverantwortung im Verwaltungshandeln – Ein Blick in die Zukunft, in: Bundesumweltministerium, Umweltbundesamt (Hg.): *Umweltcontrolling im Bereich der öffentlichen Hand*, Schriftenreihe des Instituts für ökologische

## Auf dem Weg zur Bürgerkommune – Bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg

Wirtschaftsforschung, Nr. 150/00 – Tagungsband, S. 87–94

**Weber, Beate** (2002): *Die Ressource Verstand nutzen*, in: DEMO, Nr. 9/2002, S. 10–11

**Weber, Beate** (2003): *Das Zusammenspiel verschiedener Politikebenen beim Aufbau von Netzwerken für Nachhaltigkeit*, in: Biesecker, Adelheid/Elsner, Wolfram (Hg.): „Neuartige Netzwerke und nachhaltige Entwicklung“ S. 341–356 (Sonderdruck 2003)

**Weber, Beate** (2004): *Nachhaltigkeitsstory*, in: Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hg.): „Momentaufnahme Nachhaltigkeit und Gesellschaft“ S. 92–93

**Weber, Beate** (2004): *Nachhaltiges Wirtschaften – Beispielhaftes aus Heidelberg*, in: Simonis, Ude E. (Hg.): „Jahrbuch Ökologie 2005“ S. 155–162

### 2) Ausgewählte Berichte über spezifische Themen Heidelbergs

**Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung** (2000): *URBAN 21 – Die Weltkonferenz zur Zukunft der Städte*, in: Beilage zu INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR, Nr. 3 /Juli 2000

**Independent Commission on Population and Quality of Life** (1998): *Visionen für eine bessere Lebensqualität*, Basel: Birkhäuser Verlag. (Englischer Originaltitel (1996): *Caring for the Future. Making the Next Decades Provide a Life Worth Living*, Oxford/New York: Oxford University Press)

**Institut für Gerontologie der Ruprecht-Karls-Universität, Prof. Dr. Andreas Krause** (1999): *Evaluation der Seniorenzentren – Ergebnisse der gerontologischen Untersuchung – Abschlussbericht an die Stadt Heideberg*, Heidelberg

### 3) Ausgewählte Publikationen der Stadt Heidelberg

**Stadt Heidelberg** (1994): *Heidelberg Deklaration und Charta von Aalborg*, in: Drucksache 670/94, Heidelberg

**Stadt Heidelberg, Agenda-Büro** (2004): *5 Jahre Agenda-Büro Heidelberg – Tätigkeitsbericht 2004*, Heidelberg

**Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik** (1997): *Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010*

– *Leitlinien und Ziele*, in: Schriften zur Stadtentwicklung, Heidelberg

**Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik** (1999): *Der Heidelberger Kriminalitätsatlas – ein Kooperationsmodell zwischen Polizei und Kommunalverwaltung*, in: Schriften zur Stadtentwicklung, Heidelberg

**Stadt Heidelberg, Amt für Umweltschutz und Gesundheitsförderung** (1997): *Nachhaltiges Heidelberg – Für eine lebenswert UmWelt, Darstellung und Bewertung bisheriger Aktivitäten der Stadtverwaltung für eine „Lokale Agenda 21“*, Studie des ifeu-Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH im Auftrag der Stadt Heidelberg, Heidelberg

**Stadt Heidelberg, Kinder- und Jugendamt/Polizeidirektion Heidelberg** (2000): *Präventive Jugendhilfe – Begleitkonzept für Heidelberger Haupt- und Förderschulen*, Heidelberg

**Stadt Heidelberg, Referat der Oberbürgermeisterin/ Amt für Stadtentwicklung und Statistik** (2002): *Engagement-Studie Heidelberg 2002*, in: Schriften zur Stadtentwicklung, Heidelberg

**Stadt Heidelberg, Referat der Oberbürgermeisterin** (2003): *Zukunftsforum Wirtschaft und Bürgerschaftliches Engagement – Dokumentation*, Heidelberg

---

## **Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Förderung der Bürgergesellschaft bleibt ein zentrales Thema der aktuellen Reformdebatte. Der Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ ist in diesem Diskurs seit langem ein Forum, das reformpolitisch relevante Themenstellungen aufgreift, analysiert und in der politischen Debatte Stellung bezieht. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, ein Netzwerk für die politische Beratung institutioneller Reformpolitik aufzubauen und dessen Überlegungen der Politik vorzustellen. Der Arbeitskreis versteht sich insofern als kritischer Impulsgeber für die öffentliche Reformdebatte.

Anlass und Ausgangspunkt bildet das Interesse, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des darin liegenden Demokratisierungspotentials einerseits und die Staatsmodernisierung in Kategorien des aktivierenden Staates andererseits zusammenzubringen. Das Augenmerk des Arbeitskreises gilt in erster Linie der Stärkung der Bürgergesellschaft und entsprechender Partizipationschancen: Diese Perspektive bestimmt die zu formulierenden Modernisierungsanforderungen an staatliche Instanzen und Akteure.

Die persönlich eingeladenen Mitglieder des Arbeitskreises reflektieren den interdisziplinären Arbeitsansatz: Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft, Wirtschaft, Medien, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen gewinnen können, ihre fachlichen und persönlichen Erfahrungen dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen. Neben diesen ständigen Teilnehmern werden zu den jeweiligen Themen Einladungen an einen themenspezifisch kompetenten Adressatenkreis ausgesprochen.

In regelmäßigen Sitzungen diskutiert der Arbeitskreis Themen, die der praktischen Umsetzung bürgerschaftlichen Engagements sowie der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages zur „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ förderlich sind. Sie werden zudem auf Fachkonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen oder über Analysen und Gutachten aufgegriffen und vom Arbeitskreis kritisch begleitet. Zugleich dient dieser Gesprächszusammenhang dem Informations- und Erfahrungsaustausch und der Vernetzung seiner Mitglieder und ihrer Praxisfelder.

Der Arbeitskreis wird geleitet von Dr. Michael Bürsch, MdB (Vorsitzender der Enquetekommission des 14. Deutschen Bundestages) und koordiniert von Albrecht Koschützke, Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ausführliche Informationen, Kontaktpersonen, Konzeptskizzen, Progress Reports, Ergebnisse der Plenardebatten und Sitzungen der Arbeitsgruppen sind auf den Internetseiten des Arbeitskreises dokumentiert. Die Publikationen sind abzurufen unter [www.fes.de/buergergesellschaft](http://www.fes.de/buergergesellschaft) - „Analysen“ - „Analysen des Arbeitskreises“ oder unter [http://www.fes.de/library/ask\\_digbib.html](http://www.fes.de/library/ask_digbib.html).

---

## Publikationen des Arbeitskreises Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat

### *Analyse-Reihe „betrifft: Bürgergesellschaft“*

- 15/ **Sport: Schlüsselbereich bürgerschaftlichen Engagements**, von Manfred von Richthofen, Michael Barthel und Manfred Spangenberg
- 14/ **Geschäftsstrategie Verantwortung – Corporate Citizenship als Business Case**, von Susanne Lang und Frank Solms Nebelung
- 13/ **Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie?**, von Wolfgang Hinte
- 12/ **Der deutsche Weg zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen. Thesen zu Corporate Citizenship in Deutschland**, von Frank Heuberger, Maria Oppen, Sabine Reimer
- 11/ **(K)ein Pflichtjahr für junge Menschen? Zur Konjunktur eines Irrtums**, von Anton Schaaf, MdB, und Andrea Franz
- 10/ **Gemeinwohlorientierung als Bürgerpflicht – Das Engagement der Sparkassen für die Menschen und die Regionen**, von Dietrich H. Hoppenstedt
- 09/ **Soziale Voraussetzungen der Bürgergesellschaft**, von Michael Sommer
- 08/ **Bürgerengagement in der Aussiedler- und Integrationspolitik**, von Jochen Welt, MdB
- 07/ **Bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen – seit langem gepflegt, nötiger denn je**, von Michael Rogowski
- 06/ **Umriss einer neuen Sozialpolitik – Eigenverantwortung und Solidarität als Bildungsauftrag der Bürgergesellschaft und des Bürgerengagements**, von Konrad Hummel
- 05/ **Bürgerschaftliches Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft**, von Wolfgang Thierse, MdB
- 04/ **Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen – Erfahrungen aus Ostdeutschland**, von Alexander Thumfart
- 03/ **Bürgerschaftliches Engagement unter den Bedingungen der Globalisierung**, von Ernst Ulrich von Weizsäcker, MdB
- 02/ **Bürgerschaftliches Engagement gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit – Chancen und Handlungsmöglichkeiten**, von Achim Trube
- 01/ **Leitbild Bürgergesellschaft – reformpolitische Orientierungen für Staat und Gesellschaft**, von Michael Bürsch, MdB

### **Sonstige Publikationen des Arbeitskreises**

- Going Gender für die BürgerInnengesellschaft: Gender Mainstreaming in zivilgesellschaftlichen Organisationen.** Marianne Weg, Bonn 2005, 92 Seiten
- Bürgerschaftliches Engagement: stabilisieren, stärken, steigern – Innovation und Investition in Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen.** Sabrina Born, Bonn 2005, 56 Seiten
- Netzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.** Roland Roth unter Mitarbeit von Anke Benack, Bonn 2003, 84 Seiten
- Der Aktivierende Staat – Positionen, Begriffe, Strategien.** Wolfram Lamping, Henning Schridde, Stefan Plaß, Bernhard Blanke, Bonn 2002, 44 Seiten
- Die Planungszelle – Zur Praxis der Bürgerbeteiligung. Demokratie funkelt wieder.** Peter C. Dienel, Bonn 2002, 20 Seiten
- Freiwilligendienste – Wege in die Zukunft. Gutachten zur Lage und Zukunft der Freiwilligendienste.** Thomas Rauschenbach, Reinhard Liebig, Bonn 2002, 88 Seiten
- Gender Perspektive, bürgerschaftliches Engagement und aktivierender Staat.** Barbara Stiegler, Bonn 2002, 12 Seiten
- Gewerkschaften und bürgerschaftliches Engagement in der Arbeitswelt.** Kurzanalyse von Josef Schmid unter Mitarbeit von Stephanie Schönstein, Bonn 2002, 28 Seiten
- Bürgerschaftliches Engagement und Gewerkschaften.** Kurzanalyse von Jürgen Wolf, Bonn 2002, 25 Seiten
- Bürgerkommune konkret – Vom Leitbild zur Umsetzung.** Ein Leitfaden für die kommunale Praxis von Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Bonn 2002, 44 Seiten